

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Vorlagen-Nr.:

V/0815/2013

Auskunft erteilt:

Herr Spieker

Ruf:

492-7112

E-Mail:

SpiekerC@stadt-muenster.de

Datum:

21.10.2013

Betrifft

Historische Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung Münster in der NS-Zeit

Beratungsfolge

21.11.2013	Kulturausschuss	Vorberatung
04.12.2013	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Vorberatung
11.12.2013	Hauptausschuss	Vorberatung
11.12.2013	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt,

1. dass die Rolle der Stadtverwaltung in der NS-Zeit durch eine externe und unabhängige Person so historisch erforscht wird,
2. dass die Ergebnisse in geeigneter Form öffentlich bekannt gemacht werden und in einem späteren Schritt auch für die eigene Aus- und Fortbildung innerhalb der Verwaltung zur Verfügung stehen.
3. Das Dezernat IV (Stadtarchiv, Stadtmuseum, Geschichtsort Villa ten Hompel) unterstützt das Projekt zur Geschichte der Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Durchgeführt wird das Projekt in Kooperation mit dem Lehrstuhl Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität.

Kosten / Folgekosten

Für die externe Beauftragung entstehen Personal- und Sachkosten von ca. 198.500 €. Es wird von einer Gesamtlaufzeit von drei Jahren ausgegangen. Die Mittel sind im Haushalt noch nicht vorgesehen und müssen zusätzlich im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0408 „Geschichtsort Villa ten Hompel“ über 3 Jahre wie folgt bereitgestellt werden:

Im Jahr 2014: 80.000€, im Jahr 2015: 60.000€ und im Jahr 2016: 58.500€.

Die Verwaltung fertigt entsprechende Veränderungsblätter.

Begründung:

Hintergrund

Münster hat sich seit Jahrzehnten intensiv um die lokale und regionale historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus bemüht. Gerade die Straßennamendiskussionen in den letzten Jahren haben aber gezeigt, wie sehr das Thema Nationalsozialismus sowie die Bewertung der damaligen Akteure die städtische Öffentlichkeit immer noch bewegen. Die konkrete Beteiligung der Stadtverwaltung an der NS-Herrschaft ist bisher nur vereinzelt und unsystematisch im Kontext anderer Themen wie beispielsweise der Entrechtung und Verfolgung der Juden oder im Rahmen des nationalsozialistischen Zwangsarbeitssystems aufgezeigt worden. Eine Gesamtdarstellung der Stadtverwaltung im Nationalsozialismus steht dagegen noch aus.

Große Konzerne (VW, Daimler Benz), Banken (Deutsche Bank, Dresdner Bank) staatliche Institutionen (Auswärtiges Amt) und Behörden (Bundeskriminalamt, Oberfinanzdirektion) sowie auch andere Kommunen (Hamburg, München, Mannheim, Hannover) haben sich in jüngster Zeit ihrer Geschichte bzw. der Geschichte ihrer Vorläuferinstitutionen in der Zeit des Nationalsozialismus in teilweise umfangreichen und wissenschaftlich ambitionierten Studien gewidmet. Auch die Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU) hat kürzlich entsprechende umfassende Studien zur Rolle und Bedeutung der WWU publiziert.

In Anlehnung an die hier exemplarisch genannten Forschungsprojekte erscheint es auch für die Stadt Münster sinnvoll und angebracht, die Rolle der kommunalen Behörden im Nationalsozialismus systematisch zu erforschen und dabei in zäsurenübergreifender Perspektive auch personelle, organisatorische und strukturelle Kontinuitätslinien und Brüche nach 1945 in den Blick zu nehmen.

Umsetzung

Eine Aufarbeitung der Geschichte der Stadtverwaltung Münster während der NS-Herrschaft muss an den aktuellen allgemeinen Forschungsstand zum Verwaltungshandeln in der Zeit des Nationalsozialismus anknüpfen und davon ausgehend, spezifische, auf das historische Geschehen in Münster bezogene Fragestellungen entwickeln:

- Gab es politische und mentale Haltungen bzw. Verhaltensweisen in der Stadtverwaltung von Münster während der Zwischenkriegszeit, die den Aufstieg des Nationalsozialismus bis 1933 förderten oder auch hemmten?
- Welche Teile der Stadtverwaltung waren in besonderem Maße und möglicherweise eigeninitiativ an den Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes beteiligt? (beispielsweise in der ressortübergreifenden Verfolgung der Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der „Asozialen“)
- Verfolgte die Stadtverwaltung im Rahmen des polykratischen nationalsozialistischen Systems dezidiert eigenständige Interessen, etwa im Rahmen der als „Arisierung“ bezeichneten Ausplünderung der Juden oder im Bereich der so genannten Erbgesundheitspolitik?
- Wurden Vorgaben unkritisch umgesetzt? Welche Handlungsspielräume hatten oder entwickelten die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung in unterschiedlichen Bereichen und auf unterschiedlichen Hierarchieebenen?
- Gab es Formen der Verweigerung, des widerständigen Handelns, der Resistenz oder des Eigensinns gegenüber dem NS-Regime unter den Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung?
- Welche Maßnahmen ergriff die Stadtverwaltung im Rahmen des Zweiten Weltkriegs, besonders während des Luftkriegs und in der Kriegsendphase?
- In welchem Maße fanden NS-belastete Mitarbeiter/innen auch nach 1945 Verwendung in der Stadtverwaltung? Welche Wirkung hatte die Entnazifizierung? Wie wurde mit NS-Verfolgten umgegangen?

- Gibt es inhaltliche Kontinuitäten zum antidemokratischen und rassistischen Verwaltungshandeln vor 1945 und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
- Wie ist die Geschichte der Stadtverwaltung Münster in der Zeit des Nationalsozialismus im Vergleich zur Geschichte vergleichbarer Stadtverwaltungen zwischen 1933-1945 zu bewerten?

Um sich in angemessener Form diesen Fragestellungen zu nähern, wird es notwendig sein, in den Dezernaten und Ämtern Aktenübernahmen zu veranlassen. Hier ist ein Zeitraum bis 1960 anzustreben, da wichtige Vorgänge erst aus der Rückschau zu ermitteln sind (Nichtwahlberechtigungen, Entnazifizierung und Wiedergutmachung). Dies wird nur durch Einbeziehung des Stadtarchivs möglich sein. Ein neu zu erstellendes Sachthematisches Inventar „zur Stadtverwaltung im NS“ sollte auch die Dokumentationsmittel des Stadtmuseums und der Villa ten Hompel mit einbeziehen.

Die Auslobung von Dissertationsstipendien bildet die Grundlage der wissenschaftlichen Erforschung der Stadtverwaltung von Münster in der NS-Zeit. Als Kooperationspartner fungiert die Westfälische Wilhelms-Universität. Der Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte mit Prof. Dr. Thomas Großbölting wird versuchen, das Projekt in den geplanten Sonderforschungsbereich „Entscheidungskulturen“ einzubeziehen. Dabei scheint inhaltlich eine zeitliche Teilung in zwei Aufgabenbereiche geboten. Nach Rücksprache mit dem Lehrstuhl würden dafür zwei Stipendien ausgeteilt:

1. Stipendium, Doktorand/In, Teilprojekt Stadtverwaltung Münster in der NS-Zeit für die **sog. Friedensphase des Nationalsozialismus 1933-1939**:

Das Teilprojekt dient dazu, den nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfolgten „Elitentransfer“ in der Stadtverwaltung zu untersuchen und fragt danach, in welchen Bereichen der städtischen Administration personelle Zäsuren (in welchem Umfang?) durchgesetzt wurden, aber auch danach, wo es gegebenenfalls Kontinuitäten gegeben hat. In welchem Verhältnis standen Staat, Partei und kommunale Administration als konkurrierende Träger der Exekutivgewalt zueinander, in welchem Verhältnis die politischen Eliten zu den Funktionselementen? Wie wirkten sich die Veränderungen im Personal auf die Verwaltung als Institution, ihr Selbstverständnis, ihr Professionalisierungsanspruch, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Ziele aus? Welche Dezernate der Stadtverwaltung beteiligten sich bereits in der sog. Friedensphase des „Dritten Reiches“ an den Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen des Regimes?

2. Stipendium, Doktorand/In, Teilprojekt Stadtverwaltung Münster in der NS-Zeit für den Zeitraum des **Zweiten Weltkriegs 1939-1945 und die Nachkriegszeit**.

Während des Zweiten Weltkriegs erfuhr der Aufgabenbereich der Stadtverwaltung Münster eine erhebliche qualitative Veränderung und Erweiterung. Dabei kam es zum einen zu einer wechselseitigen Dynamisierung und Verzahnung von zentralstaatlicher und kommunaler Verwaltung. Es ist zu untersuchen, ob und wie die Stadtverwaltung Teil der gesamtstaatlichen Diskriminierungs- und Verfolgungsmaschinerie geworden ist. Zum anderen ist die spätestens seit dem Bombenkrieg erfolgte Transformation der städtischen Administration zu einer Notstandsverwaltung zu untersuchen, was erneut zu einer maßgeblichen Veränderung des administrativen Aufgabenspektrums geführt hat (u.a. Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Aufgaben der Wohnraumbewirtschaftung, Sicherstellung der Lebensmittel- und der medizinischen Versorgung, des Schulbetriebs etc.). Entscheidend wird dabei sein, personelle und organisatorische Kontinuitäten bzw. Zäsuren in der Stadtverwaltung vom „Dritten Reich“ bis ca. 1960 zu untersuchen.

3. Eine Historikerstelle (TV-L-E13/ 50%) wird nach Rücksprache mit der Universität die For-

schungsarbeiten begleiten und den Transfer mit den historisch arbeitenden Ämtern im Dezernat IV gewährleisten. Zu ihrem Stellenprofil gehören die Arbeitsbereiche Forschung, Koordination und Wissenschaftstransfer: Für diesen Aufgabenbereich gilt es, eine erfahrene Kraft zu gewinnen, die selbst zum Thema arbeitet und darüber hinaus eine koordinierende Funktion nach Innen und Außen hat. Die/Der MitarbeiterIn soll das Projekt konzeptionell und inhaltlich weiterentwickeln. Dazu ermittelt und sichtet er die entsprechenden Quellen und verfasst, eigene wissenschaftliche Beiträge. Neben der beratenden Zusammenarbeit mit den beiden Doktoranden kommt ihm wesentlich die Aufgabe der Darstellung und Vermittlung der Ergebnisse zu: Er übernimmt die Aufgabe, für den Beginn des dritten Forschungsjahres einen Workshop zur Fragestellung vorzubereiten, durchzuführen sowie die Ergebnisse der Tagung zur Publikationsreife zu bringen. Zudem soll er die Zwischenergebnisse der Forschung kontinuierlich und in geeigneter Form (Zeitung, Ausstellung, andere Medien wie Broschüre) der lokalen und regionalen Öffentlichkeit präsentieren. An dieser Stelle ist auch die Erarbeitung einer „kollektiven Biographie“ der Verwaltungsbeamten Münsters im „Dritten Reich“ angesiedelt.

Ein Zeitraum von drei Jahren zwischen Auftakt und dem Vorstellen eines Ergebnisberichtes ist hier anzusetzen. Zwischenberichte an die Auftraggeberin könnten auf Wunsch erteilt werden.

Folgende Arbeitsschritte werden geplant

1. Ein/e Historiker/in wird beauftragt, zwei Doktorandenstipendien (siehe oben) werden auslobt
2. Entwurf einer Projektarchitektur für die Kooperation von städtischen und externen Partnern (ggf. mit einem Projektbeirat)
3. Erstellung eines detaillierten Kostenplanes
4. Aufstellung eines Zeitplanes (unter Berücksichtigung der temporären Schließung des Landesarchivs in Düsseldorf 2014)
5. In einer Bestandsaufnahme
 - a. werden die bisher erschienenen Publikationen und Darstellungen, die thematisch die Rolle der Stadtverwaltung in der NS-Zeit berühren, zusammengestellt und ausgewertet. Auf Grundlage dieses Forschungsstandes können dann Fragestellungen präzisiert und weiterhin bestehende Desiderate benannt werden.
 - b. werden noch residente Akten in der Verwaltung mit einer Laufzeit bis 1960 für eine Abgabe an das Stadtarchiv angefordert, sofern sie für das Projekt von Bedeutung sind.
 - c. wird ein Sachthematisches Inventar zum Thema „Die Stadtverwaltung Münster als Akteur im Nationalsozialismus“ erstellt.

Vorläufige Kostenkalkulation für 3 Jahre (nach WWU Münster)

Personal-kosten	Zwei Doktoranden auf Werkvertrags- bzw. Stipendienbasis: Doktorand(In) für 36 Monate à 1.250 Euro = 45.000 Euro Doktorand(In) für 36 Monate à 1.250 Euro = 45.000 Euro Für beide Doktoranden Jahr 1-3 = 90.000 Euro Wissenschaftl. Mitarbeiter 4.301,22 Euro monatliches Grundgehalt pro 100% TV-L-E13,	
------------------------	--	--

	Stufe 1, ab 2. Jahr Stufe 2 (inkl. Arbeitgeberanteil und Jahres-sonderzahlung), als halbe Stelle = 26.882,63 Euro/1. Jahr = 59.676,75 Euro/2. und 3. Jahr = 86.559,37 Euro/gesamt Hilfskraft (7 Stunden/Woche) = 4.001,76 Euro pro Jahr = 12.005,28 Euro gesamt	188.564,65 €
Reisekosten	Pauschal werden 1000 Euro pro Projekt veranschlagt () = 2.000 Euro	2.000,00 €
Kopie-, Reprokosten, Rechte	Pauschal werden 1000 Euro pro Projekt veranschlagt = 2000 Euro	2000,00 €
Workshop	Für Vorbereitungsaufwand, Organisation, Reisekosten, den Druck von Flyern usw. werden pauschal 3.000 Euro veranschlagt	3.000,00 €
Druckkosten	Druckkosten für Sammelband Workshop	3.000,00 €
GESAMT		<u>198.564,65 €</u>

I. V.

Dr. Hanke
Stadträtin